



Nr. 144. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 26. März 1878.

Deutschland.

Berlin, 25. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Kanzlei-Rath Liede im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten des Königlichen Kronen-Ordens zweiter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den besoldeten Stadtrath Brinckmann zu Halberstadt, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl gemäß, als besoldeten Beigeordneten (zweiten Bürgermeister) der genannten Stadt für die gesetzliche zwölfjährige Amtsduauer bestätigt; sowie den Domänen-Kronmeistern Söllig in Quedlinburg und Meyer in Magdeburg den Charakter als „Domänen-Rath“, und dem Finanz-Directions-Sekretär Lohmann zu Hannover, bei seinem Übertritt in den Ruhestand, den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat im Namen des Reiches den Kaufmann Franz Krug zum Consul in Campinas (Brasilien) ernannt.

Zw Advoaten im Bezirke des Appellationsgerichts zu Colmar sind ernannt worden: die Anwälte Nachbaur und Helbig zu Colmar, unbeschadet ihrer Stellung als Anwälte bei dem Landgerichte daselbst, und der Königlich preußische Advoat-Anwalt Grim in Trier, letzterer unter gleichzeitiger Bestellung zum Anwalt bei dem Appellationsgericht. Der Advoat-Anwalt Ley in Mühlhausen ist, unbeschadet seiner Stellung als Advoat, zum Anwalt bei dem Appellationsgericht in Colmar ernannt; die Anwälte Nachbaur, Helbig und Konner sind auf ihr Ansuchen aus ihrer Stellung als Anwälte bei demselben Gericht entlassen worden.

Berlin, 25. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm am Sonnabend, den 23. d. M., in Gegenwart des Commandanten militärische Meldungen entgegen und empfing den General der Cavallerie von Tümpling, commandirenden General des VI. Armee-Corps, sowie den Botschafter Grafen zu Stolberg-Wernigerode. Am gestrigen Sonntage wohnte Se. Majestät dem Gottesdienst im Dom bei, empfing Se. Königliche Hoheit den Prinzen Albrecht und nahm die Meldung des nach Bonn zurückkehrenden Flügel-Adjutanten, Prinzen Heinrich XIII. Reuß entgegen. Um 4 Uhr hörte Se. Majestät den Vortrag des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck. Heute Vormittag empfing Se. Majestät den aus Neisse hier eingetroffenen General-Adjutanten Prinzen Kraft zu Hohenlohe-Ingelsingen, nahm in Gegenwart des Commandanten von Berlin militärische Meldungen entgegen und hörte den Vortrag des Wirklichen Geheimen Rathes von Wilmowski. Um 12½ Uhr hatte die Schloss-Bau-Commission Vortrag bei Sr. Majestät und um 1½ Uhr empfing Allerhöchst derselbe den nach Wien zurückkehrenden Botschafter Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode.

Vorgestern, nach dem Diner, verabschiedete sich Se. Majestät der König von Sachsen von den Kaiserlichen Majestäten. Dieselben wohnten gestern mit Ihren Hohen Gästen dem Gottesdienst im Dom bei.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern in der Delegierten-Versammlung des Vaterländischen Frauen-Vereins anwesend. Das Familiendiner fand bei Ihren Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin statt. Abends erschien Ihre Majestät die Kaiserin-Königin mit Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit der Kronprinzessin, Ihren Königlichen Hohelten der Großherzogin von Baden, der Prinzessin Albrecht von Preußen, der Prinzessin Marie von Preußen und der Prinzessin Elisabeth von Sachsen in der Generalversammlung des Vaterländischen Frauenvereins im Ministerium der landwirthschaftlichen Angelegenheiten, wo der Staatsminister Dr. Friedenthal die Versammlung einleitete, der Geheime Archivrat Dr. Hassel den Vortrag über die Weiterentwicklung der Vaterländischen Frauenvereine sowie des Deutschen Frauenverbandes hielt, und der Geheime Legationsrat Heptke über die großartigen Hilfsleistungen während des orientalischen Krieges seitens des deutschen Centralcomites und der Vaterländischen Frauenvereine Rechnung ablegte. Abends war Soiree im Königlichen Palais, wo Ihre Königlichen Hohelten der Prinz und die Prinzessin Wilhelm von Württemberg von Ihren Kaiserlichen Majestäten verabschiedeten.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] begleitete am Sonnabend, früh um 8½ Uhr, Ihre Hoheit die Prinzessin Marie von Sachsen-Meiningen bei Höchstdersele Abreise nach dem Anhalter Bahnhofe. Um 9 Uhr nahmen Se. Majestät der König von Sachsen das Frühstück bei Ihren Kaiserlichen und Königlichen Hohelten ein. Demnächst empfing Se. Kaiserliche Hoheit militärische Meldungen und Vorträge. Um 12 Uhr ertheilte Höchstdersele dem Grafen Pückler-Ober-Weisitz Audienz. Nachmittags um 4 Uhr begaben sich Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hohelten der Kronprinz und die Kronprinzessin zum Diner zu den Majestäten. Demnächst begleitete Se. Kaiserliche Hoheit um 7 Uhr Se. Majestät den König von Sachsen bei Allerhöchst dessen Abreise nach dem Anhalter Bahnhof. Später war Höchstdersele im Opernhaus. Gestern wohnte Se. Kaiserliche Hoheit dem Gottesdienst im Dome bei und ertheilte darauf dem Porträtmaler Professor Kaulbach, dem Director des Schlesischen Provinzial-Museums, Herrn A. Berg und dem Hauptmann von Portatius vom Neben-Etat des Großen Generalstabes Audienz. Demnächst befuchte Höchstdersele um 1 Uhr mit Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm von Württemberg die Gemälde-Galerie des Königlichen Museums. Um 5 Uhr fand bei den Höchsten Herrschaften das Familiendiner statt.

[Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Kronprinzessin] begleitete Abends um 7 Uhr Ihre Majestät die Kaiserin-Königin in die General-Versammlung des Frauen-Vereins im Gebäude des landwirthschaftlichen Ministeriums. — Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz wohnte der Vorstellung im Opernhaus bei und begab sich demnächst zum Thee zu Ihren Majestäten. (Reichs-Anz.)

○ Berlin, 25. März. [Camphausen. — Einführung der Kreisordnung in Schleswig-Holstein. — Central-Moor-Commission. — Änderung des Bahnpolizei-Reglements. — Turnlehrerinnen-Prüfungen.] Minister Camphausen hat bei seinem Rücktritt den Großeimur-Stern des Hohenzollern-Ordens erhalten und wird sich in den nächsten Tagen vom Hofe verabschieden um nach Italien zu reisen. — Im Ministerium des Innern haben heut unter Vorsitz des Ministers Friedenthal die Berathungen über die Einführung der Kreisordnung in Schleswig-Holstein begonnen. Es nehmen außer dem Minister daran Theil: Unterstaatssekretär Bitter, Reg.-Präf. v. Bötticher, Ober-Präsident v. Schul-Plessen, Ober-Reg.-Rath v. Rumohr, Landrat Freiherr von Plessen, Reg.-Rath v. Rosen, Reg.-Rath Zimmer, Landrat Müllenbach, Landrat v. Willemöss-Suhm, Landrat v. Rosen, Regierungs-Rath v. Garbou, Geheimer Regierungs-Rath v. Brauchitsch und Geh. Regierungs-Rath Haase. — Im Anschluß an unsere Mittheilung, daß die Tages-Ordnung für die sechste Sitzung der auf den 4. April

nach Berlin berufenen Central-Moor-Commission in den nächsten Tagen festgestellt werden sollte, bemerken wir, daß 8 Gegenstände der Commission zur Berathung werden unterbreitet werden. Wir nennen aus denselben eine Vorlage des Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, betreffend die wirthschaftliche Seite der Differenzen zwischen der landwirthschaftlichen Verwaltung und der Stadt Papenburg, über die Erhebung von Abgaben von den Trosschiffen auf dem Papenburg-Splittinger Kanale; die Frage der Anlage von Eichenhölz-Waldungen auf Moor- und Haldeboden. Bericht über die Verhandlungen mit der Provinzial-Verwaltung von Hannover, betreffend die Anstellung eines zur Kontrolle der Moor-Cultur-Versuche mit zu verwendenden Lehrers von der Ackerbauschule zu Meppen; die land- und volkswirthschaftliche Bedeutung der Canal-Verbindung Bremen-Hamburg u. s. w. Mitte Mai sieht die siebente Zusammenkunft der Central-Commission in Aussicht und wird dieselbe vermutlich im Gebiet der Embsanale stattfinden. — Heute haben im Reichs-Eisenbahn-Amt Berathungen begonnen, zu welchen aus verschiedenen Ressorts Commissarien der preußischen Regierung und verschiedener Bundes-Regierungen berufen worden; diese Berathungen beziehen sich auf Änderungen des Bahn-Polizei-Reglements. Nachdem die Commission ihre Vorschläge zusammengestellt haben wird, sollen sie dem Bundesrat vorgelegt werden. Die Conferenz wird wohl drei Tage dauern. — Mit der Stadt Hamburg ist jetzt auch, wie mit anderen deutschen Staaten schon früher, ein Abkommen getroffen worden wegen Gegenseitigkeit in Bezug der Anstellung von Lehrerinnen und Schulvorsteherinnen, welche ihre Fähigung hier oder dort nachgewiesen haben. — Die Turnlehrerinnen-Prüfungen sind auf Montag, den 20. Mai, und folgende Tage festgesetzt.

Holstein, 18. März. [Zur Germanisierung Nordschwieg. s.] Das „Amtsblatt“ der Provinzialregierung veröffentlicht die wichtige, von dem Unterrichtsministerium genehmigte Instruction für die Einteilung des deutschen Unterrichts in den nordschwiegischen Volkschulen. Nach den Bestimmungen der am 1. Mai d. J. in Kraft tretenden Verfügung ist der deutsche Unterricht für sämtliche Kinder in den nordschwiegischen Volkschulen während der ganzen Dauer der Schulzeit obligatorisch. Was den Umfang des deutschen Unterrichts anbetrifft, so sind denselben auf der Unterstufe 6 selbstständige Anschaungs- und Sprechübungen zu widmen; auf der Mittelstufe im Ganzen 10 Stunden; auf der Oberstufe werden dem eigentlichen deutschen Sprachunterricht, gleichwie auf der Mittelstufe, 7 Stunden zugeschrieben, außerdem aber der Gebrauch der deutschen als Unterrichtssprache für 5 weitere Lehrstunden (Geographie, Geschichte und Kopfrechnen) angeordnet. Der für die Unterstufe angeordnete Unterricht ist in sämtlichen Schulen unverkürzt zu ertheilen, für die Kinder der Mittel- und Oberstufe kann der deutsche Unterricht bis weiter auf 6 wöchentliche Stunden beschränkt werden. In denjenigen Schulen, in welchen der deutsche Unterricht in dem vollen Umfang zur Einteilung kommt, ist die Zahl der Unterrichtsstunden für die Unterstufe um 3, für die beiden oberen Stufen um je 2 Stunden zu erhöhen. Die Einführung der deutschen Sprache als Unterrichtssprache für sämtliche Lehrgegenstände, mit etwaiger Ausnahme der Religion, kann für einzelne Schulen auf Antrag der Mehrheit der Schulinteressenten von der Regierung zu Schleswig zugelassen, außerdem aber auch auf Antrag der Regierung von dem Oberpräsidenten angeordnet werden.

* Clausthal a. Harz, 23. März. [Ein schwerer Unglücksfall!] Nachdem erst vor Kurzem der Grubenbrand auf Zeche Wilhelm, ohne jedoch Menschenopfer gefordert zu haben, durch vollständige luftdichte Verdämzung der brennenden Felder u. s. w. glücklich befeitigt worden ist, hat uns heute ein neues, noch viel gräßliches Unglück getroffen. Die „Kunststube“ auf „Königin Marie“, das Haus, in und unter welchem sich das große Wasserbad und die übrigen Vorrichtungen zur Förderung mit Wasserbetrieb befinden, ist heut Morgens vollständig in die Erde versunken. Dieses Gebäude stand nicht auf festem Boden (unter ihm war ein 24 Mtr. tiefer Raum für die maschinellen Theile ausgebaut), sondern es ruht auf 8 starken hölzernen (Föhern), die in das Gestein eingebaut waren. Heut früh bemerkte der „Ausrichter“, daß auf diese Föhren von dem Gestein so großer Seitendruck ausgeübt wurde, daß einzelne davon schon aus ihrer Lage gekommen waren, und meldete dies dem Steiger. Der schwieger sofort einen Boten in den Schacht hinab, um die Zimmerhäuser, etwa 15, herauszuholen, und ging selbst in die Radstube. Außer ihm befanden sich hier noch 6 andere Personen. Kaum hatte er die Schwelle betreten, als das ganze Gebäude urplötzlich in die Tiefe verlor. Natürlich ging der Boden rings um das Haus herum mit hinab. — Die Bergleute aus dem gleich daneben stehenden Gaipel kamen sofort herausgelaufen, denn sie vermußten durch das Wanzen des Gaipels und das Ende nichts weniger, als daß der Schacht zusammenbröte. Gleich darauf kamen auch die bestellten 15 Zimmerhäuser aus dem Schacht heraus und konnten nun mit den anderen die Rettung gleich beginnen. Wäre das Unglück 10 Minuten später geschehen, so wären diese Zimmerhäuser wohl auch verschüttet worden. Von den 7 Bergungslüften wurden 4 bald gerettet. Einer von ihnen hat schwere Quetschungen erlitten und wird an seinem Aufstehen gezweifelt. Die übrigen haben nur leichte Verwundungen, weil sie so glücklich zwischen Wällen zu liegen kamen, daß die nachstürzenden Lasten ihnen nichts anhaben konnten. Nach 8ständiger schwerer Arbeit gelang es, den fünften, jedoch als Leiche, herauszugrabten. Von den beiden letzten weiß man noch nichts, jedoch nicht einmal die ungefähre Stelle, wo sie liegen. Es sind deshalb heut Nachmittag 2 Haspel aufgestellt worden, mit welchen das heringebrachte Gebirge, die Biegelsteine, Hölzer u. s. w. berausgeschafft werden. Man wird auf diese Weise allmälig das Tiefstes des Bruches erreichen und die beiden Leichen freilegen. Der Todte und die beiden Vermissten waren verheirathet und hinterlassen viele Witwen. Der eine wollte morgen sein Jungstes tauzen lassen. — Rührend und wohltuend ist es mit anzusehen, mit welcher Lodesverachtung und Unermüdblichkeit die Bergleute daran gehen, ihre verunglückten Cameraden zu retten.

○ München, 24. März. [Aus dem clericalen Lager] ist ein „fränkischer“ Brief der „Deutschen Reichszeitung“ über den neuesten Jörg'schen Lettartikel zu erwähnen. Derselbe sagt u. A.: „Die Fehler, welche gerade Jörg seit 1870 zahlreich aneinander gereicht hat, so daß man von ihm, wie von Andrássy, sagen kann, er sei von „Fall zu Fall“ gestolpert, all' diese Fehler sieht Jörg nicht. Dagegen läßt er die allgemeine Weltlage an und greift die eigenen Parteigenossen an. Die Harten Ausdrücke, welche Jörg anwendet, wollen wir nicht wiedergeben; seine schwäbische Natur hat ihn hierin nur allzu reichlich ausgestattet. Sein neuester Ausfall gegen einen Brüder seiner Parteigenossen ging wohl

aus dem Bewußtsein hervor, daß es mit seiner Führung definitiv zu Ende ist. Wir wußten unter den 79 Abgeordneten kein halbes Dutzend, welches nicht an der bisherigen Weisheit der Führer gründlich irre geworden wäre. Wenn Jörg die Häupter der 79 wieder mustern wird, wird er das Chaos und sonst nichts mehr vorfinden. Das ist das Resultat seiner Führung. Das ist auch ein Erfolg, aber ein Jörg'scher Erfolg. Bei dem Worte „Erfolg“ wird Herr Jörg ganz irritirt, er hält dieses Wort und will, daß alle Katholiken es hasSEN. Kein Erfolg, sondern halten lange Jeremiaden, das war von jeher ein wahres Labial für den Verfasser der „Zeitung“. Dabei ist nur zu verwundern, daß Herr Jörg die Wahlerfolge seiner Parteigenossen so dankbar anerkannt und sich selbst ein Mandat anbietet ließ! Dieser Erfolg war Herrn Jörg ganz recht. Wenn aber durch seine eigene Thätigkeit ein Erfolg erzielt werden soll, dann hast er ihn. Es ist viel bequemer, zu diplomatisieren, als in ernstem politischen Kampfe selbst nach Erfolg und Sieg zu ringen. Soviel zur Abwehr des in den „historisch-politischen Blättern“ gemachten Angriffes.

Strasburg, 23. März. [Das Project der Statthalterschaft des deutschen Kronprinzen.] Im „Elässer Journal“ finden wir mit Bezug auf das Project eine Zuschrift des Herrn Ferdinand Schneegans, Mitglied des Landesausschusses (nicht des Reichstagsabgeordneten). Ferdinand Schneegans bespricht das aufgetauchte Project sympathisch. Er gedenkt der Einwände, welche gegen die Forderung, daß das Reichsland unmittelbar unter den Kaiser gestellt werde, gemacht worden sind und sagt sodann:

Wenn die Stellung des Kaisers ein Hinderniß ist, wenn die direkte Souveränität in der Person des Reichsoberhauptes unüberwindliche Schwierigkeiten schafft, wum sollten wir nicht wünschen, an die Stelle der Person des Kaisers diejenige des Kronprinzen gesetzt zu sehen? Auch da würden wir alle erforderlichen Bedingungen einer hohen Autorität und eines großen Ansehens für die Sicherung der Unabhängigkeit der Regierung des Landes im Lande finden. Damit wären die Hauptchwierigkeiten beseitigt und die Stellung unseres Souveräns würde gewisse ähnliche Vorgänge in der Geschichte. Sie hätte eine isolagende Analogie mit derjenigen des Dauphin in der alten französischen Monarchie. Es wäre nicht mehr der in Berlin im Namen der verbündeten Fürsten regierende Kaiser, sondern wir belassen unseren eigenen, ausschließlich in Strasburg administrirenden, regierenden und vielleicht residirenden Souverän, der wenigstens dagegen einen Vertreter unterhielt, dessen Wahl nicht mehr auf so unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen könnte.“

Schweiz.

Bern, 19. März. [Zur Gotthardbahn.] Da der Bundesrat auf sein Schreiben an die Gotthard-Cantone vom 19. Januar, welches denselben neuen Reparationsvorschläge, betreffend die 8 Millionen Nachsubvention für das Gotthardbahn-Unternehmen mittheilt und von ihnen eine bestimmte Erklärung über die Annahme der ihnen zugewiesenen Quote verlangte, bis jetzt nur eine Antwort von Schaffhausen und Thurgau erhalten hat, er dieses Verlangen, wie bereits telegraphisch gemeldet, gestern mittels eines neuen Schreibens wiederholt. „Wir halten es für unsere Pflicht“, heißt es in demselben, „Sie daran zu erinnern, daß es durchaus nicht gleichgültig ist, ob die Erledigung der Subventionsfrage ein paar Monate früher oder später erfolgt, sondern daß vielmehr eine möglichst befriedigende Abklärung der Sachlage in Bet्रeit der Aufstellung der Nachtrags-Subvention durch die Verhältnisse dringend geboten ist. Insbesondere liegt es auf der Hand, daß, wenn die Junii-Session der Bundesversammlung den Gegenstand nicht zum Austrag bringen kann, ohne Zweifel das ganze Baujahr 1878 für die Gotthardbahn-Unternehmung, mit Ausnahme des Tunneles, verloren geht; eben so aber ist es einleuchtend, daß wir der Bundesversammlung die Ratifikation des von uns am 12. d. unterzeichneten Nachtragsvertrags zur Gotthard-Convention vom 15. October 1869 nur dann empfehlen können, wenn jene Subventionsfrage vorher eine Lösung gefunden hat, welche den Anforderungen unseres erwähnten Kreisbeschreibens vom 19. Januar entspricht. Soll aber die Lösung vor dem Ausgang Junii in allen Cantonen — also auch in denen, wo vielleicht ein Volksentscheid erforderlich ist — herbeigeführt werden, so ist es keinem Zweifel unterworfen, daß die ganze Frage mit einer gewissen Dringlichkeit behandelt werden muß, und wir möchten Sie daher sehr angelegenlich bitten, Ihrerseits in dieser Richtung nichts zu versäumen und jedenfalls dafür Sorge zu tragen, daß spätestens auf die Mitte des Monats Mai die definitive Erklärung Ihres Cantons in unsere Hände gelange.“ — Vergangene Woche ist der Nichtstollen am Gotthard-Tunnel wieder nur um 3,11 m durchschnittlich täglich vorgerückt. Auf der Nordseite, wo wegen Sturmes nur geringe Pression gewirkt werden konnte, 19,50, und auf der Südseite, wo ein Einsturz erfolgte und der Felsen sich ganz verändert zeigt, nur 2,50 m.

Italien.

Rom, 22. März. [Das Ministerium Cavour und seine Vorgänger.] Da die Aufrechterhaltung der Freundschaft mit Deutschland in Cavour's Programm obenan stehen wird, so wünschen wir, schreibt man den „H. R.“, ihm auch von ganzem Herzen, daß er recht lange zum Segen Italiens regieren und die ungeheuren Schäden wenigstens einigermaßen wieder gut machen möge, welche die Minister der Consorteria dem Lande verursacht haben, deren Mehrzahl in weit kürzerer Zeit verbraucht war, als das Ministerium Depretis, wie folgende Daten ergeben: Vom 20. Januar bis zum 12. Juni 1861 regierte das Ministerium Cavour. Diesem folgte das Cabinet Riccioli, diesem wiederum am 3. März 1862 das aus Männern der Linken gebildete Cabinet Rattazzi, diesem am 8. December 1862 das Cabinet Farini, diesem am 23. März 1863 das Cabinet Minghetti (unter welchem eine Staatsanleihe von 800 Millionen lire kontrahiert wurde), diesem am 28. September 1864 das erste Cabinet La Marmora, der seine Demission gab, aber mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt wurde, das am 31. December 1865 die Geschäfte antrat. Am 20. Juni 1866 übernahm das Cabinet Riccioli die Regierung, dem wiederum am 10. April 1867 ein Ministerium der Linken unter Rattazzi folgte, das auf Napoleons III. Befehl am 27. October desselben Jahres dem Cabinet Menabrea weichen mußte. Die Regierung dieses großen Verehrers der unbefleckten Jungfrau dauerte nur wenige Wochen. Dagegen ihm die Deputirtenkammer ein Misstrauensvotum gab, mußte ihn Victor Emanuel auf Napoleons Geheiß am Ruder lassen, er ward aber beauftragt, sich andere Collegen zu wählen, mit denen er am 5. Januar 1868 abermals zu regieren begann. Das Deficit im Staatshaushalte, ward in Folge der Verschwendungen und der schlechten Wirtschaftsweise der Minister immer größer, die Unzufriedenheit im Lande immer mehr bemerkbar. Menabrea's Cabinet erhielt in der Deputirtenkammer wieder ein Misstrauensvotum, nichtsdestomeniger belam Menabrea, aber zum dritten Mal den Auftrag, ein neues Ministerium zu bilden, das am 1. Mai seine Funktionen begann. Als aber dasselbe den Vertretern der Nation zumuthete, einen Gesetzesvorschlag zu genehmigen, laut welchem die eingezogenen Klostergüter dem berüchtigten Bankhause Langrand in Brüssel auf Credit verkauft werden sollten, da mußte der König endlich das Ministerium Menabrea samt dessen Chef entlassen, wenn er nicht die Gefahr einer Revolution herausbeschwören wollte. Am 14. December 1869 übernahm in Folge eines Sieges der Linken das Ministerium Herr Lanza

und ging im Jahre 1872, um sich am Ruder zu erhalten, mit den clerical gesäuberten Consorten einen Vertrag ein, in deren Sinn zu regieren und den liberalen Unterrichtsminister aus dem Cabinet zu entlassen. Trog der Verdienste, die sich Sella, die Seele des Cabinets, um die bessere Verwaltung der Finanzen erworben, wurde dasselbe doch durch eine Coalition Minghetti's und Depretis', der Parteiführer der Rechten und Linken gestürzt, weil Sella, das Interesse des Fiscus zu sehr verfolgend, den Handel und die Industrie ruiniert hatte. Am 10. Juli 1873 übernahm das Ministerium Minghetti die Zügel der Regierung, welches am 27. März 1876 das Cabinet Depretis folgte. Die Erstanerung an den häufigen Wechsel der aus den Reihen der Consorten gebildeten Cabinets wird genügen, die jetzt wieder stark betriebene Consortenlobbydelei zu illustriren und darzuthun, daß den Italienern nichts Schlimmeres widerfahren könnte, als diejenigen wieder mit der Gewalt betraut zu sehen, die dem Lande 10 Milliarden Lire Schulden und fast unerschwingliche Abgaben aufgebürdet haben. Dem Staate dürfte in diesem Falle das Schicksal der Stadt Florenz bevorstehen, deren Communalfasse zum Theil ihre Zahlungen einstellen müste. Der Sindaco Peruzzi und die Stadträthe, die so viel Sympathie für die Jesuiten an den Tag legen, haben ihre Entlassung eingegangen und um Entfernung eines königlichen Commissarius gebeten, der die Höhe der Florentiner Stadtschulden, welche 150 Millionen Lire betragen sollen, feststellen wird.

[Der ehemalige Jesuitenpater Curci,] der schon seit Jahren mit dem Ordensgeneral seiner „italienischen“ Ideen wegen verfeindet war, arbeitet zur Zeit an einem gegen den Orden und insbesondere gegen den Pater Beck gerichteten neuen Werke. Da der jetzige Papst, als er noch Camerlengo war, den Pater Curci bei Pio Nono stets vertheidigt hatte und dessen Ansichten zu thellen scheint, so glaubt man, Leo XIII. habe den Pater ermuntert, in dem neuen Werke das verderbliche Treiben der Jesuiten aufzudecken. Die deutschen Bischöfe sollen von dem Papste angewiesen werden, sich der Regierung gegenüber nachgiebiger zu zeigen.

Frankreich.

Paris, 22. März. [Aus der Deputirtenkammer.] — Finanzielles. — Diplomatisches. — Senator André. — Verhaftungen. — Verurtheilung.] In der heutigen Kammer-Sitzung kündigte der Bonapartist Hünjens eine Interpellation an. Er wollte den Finanzminister darüber zur Rede stellen, warum die Proc. Rente noch nicht convertirt worden. Leon Say fand diese Frage indiscret und forderte die Kammer auf, den Zeitpunkt der Interpellation möglichst weit hinauszuschieben. Die Kammer kam diesem Wunsche nach; die Discussion wurde auf einen Monat verlängert und Hünjens hielt es darauf angemessen, seine Interpellation zurückzuziehen. — Es bestätigt sich, daß Graf Chambord einstweilen in Madrid bleibt; der Graf Duchié wird den Marquis de Gabriac in Brüssel ersuchen. — Der Senator André stürzte heute auf dem Boulevard des Italiens im Beisein seines Sohnes, des Deputirten, vom Schlag getroffen nieder. Glücklicherweise war schnell ärztliche Hilfe zur Hand. Der Zustand des Erkrankten ist, wie es scheint, nicht lebensgefährlich. — Wie die „Estafette“ behauptet, hat die Polizei hier mehrere Verhaftungen vorgenommen, die mit dem Buchdruckerstreit zusammenhängen. Es seien, fügt sie hinzu, compromittirende Briefe aufgefunden worden. — Das neu-ultra-radikale Blatt, „la Commune astrachie“, geht offenbar einem bewegten Dasein entgegen. Der Verwalter desselben, Cassano, ist heute Abend vom Schwurgericht auf Grund mehrerer Artikel, die in den zwei ersten Nummern erschienen und welche die Commune verherrlichen, zu einjährigem Gefängnis und 5000 Francs Geldbuße verurtheilt worden.

Paris, 23. März. [Aus der Deputirtenkammer.] — Das Gesetz über die Schankwirthschaft. — Aus dem Senate. — Zum Budget. — Zur Affaire von Castelnau-d'ary. — Der Pariser Seherstrafe. — Rossini's Wittwe. — Vom Theater.] Man weiß, wie die Mairegierung mit den Schankwirthen umging, wie rücksichtslos sie alle Wirthshäuser schloß, deren Besitzer im Verdacht standen, es mit den Republikanern zu halten. Die Präfekten der Herren de Broglie und de Fourton stützten sich dabei auf ein noch in Kraft stehendes Decret vom Jahre 1851, wie sie denn überhaupt dem Kaiserreich ihre Verwaltungskünste abgeguckt hatten. Die Kammer von 1876 hatte Anstalten getroffen, das genannte Decret abzuschaffen, aber gerade im entscheidenden Augenblicke kam ihr der 16. Mai in die Quere. Ihre Nachfolgerin nahm das Project wieder auf und gestern discutirte die Deputirtenkammer ein Gesetz, welches die Wirths weniger als bisher von der Willkür der Behörden abhängig macht. Dasselbe läßt jedoch einige Vorsichtsmasregeln bestehen. Die Wirthshäuser sollen von der hohen Polizei überwacht werden; minderjährige dürfen keinerlei geistige Getränke schänken; Niemand, der vor dem Zuchtpolizeigericht bestraft worden, darf eine Schankstube halten. Die Bonapartisten fanden hier wieder eine billige Gelegenheit, ihre höchst demokratische Gesinnung zu bekunden und einer der ihrigen, Lenglé, beantragte die volle Wirthshausfreiheit, unter spöttischem Gelächter der Monarchisten und der meisten Republikaner. Zwei der Letzteren jedoch, Nadan und Cherpin, fanden ihnen zu Hilfe. Nadan, ein ehemaliger Maurer, erregte große Heiterkeit mit der Erklärung, daß er sein ganzes Leben hindurch in's Wirthshaus gegangen sei. Auf die ironischen Zurufe einiger Collegen erwiderte er: „Wohin hätte ich gehen sollen, wenn meine Arbeit mich von einem Ende von Paris zum anderen führte? etwa in Eure Salons?“ Der Berichterstatter Sonnier bekämpfte das bonapartistische Amendment und der Entwurf der Commission wurde mit 304 gegen 75 Stimmen angenommen. — Der Senat fuhr fort, das Budget, welches von der Kammer angenommen worden, in seinem Sinne zu verändern. So stellte er auf Antrag de Kerdrel's einen Credit von 33,000 Francs für die Besoldung eines obersten Gouverneurs der Marine wieder her. Denn, meinen de Kerdrel und seine Freunde, wenn die französische Flotte nicht mehr Alles leistet, was sie leisten könnte, so liegt die Schuld blos daran, daß die religiösen Prinzipien nicht genug gepflegt werden. Die Annahme des de Kerdrel'schen Amendments (welche mit 163 gegen 105 Stimmen erfolgte) ermächtigte de Larenty, weitere 38,000 Francs für die Pflege des Gottesdienstes in den Colonien zu verlangen. Diese Forderung aber wurde, obgleich sie der Antragsteller mit einem wahren Feuerzeug verteidigte, mit 135 gegen 130 Stimmen zurückgewiesen. Die Deputirtenkammer wird jedenfalls auch dem Kerdrel'schen Amendment keine freundliche Aufnahme bereiten. — In den Deputirtenkreisen beschäftigt man sich in Ermangelung bedeutender politischer Begebenheiten mit allerlei Zwischenfällen. So ist jetzt z. B. die Affaire von Castelnau-d'ary an der Tagesordnung. Bei einem Inspectorsaufenthalt in Castelnau-d'ary besuchte der Präfect der Aude, Herr Catou, die dortige Gendarmeriekaserne und fand dort an den Wänden das Portrait des Kaisers und verschiedene bonapartistische Sinnbilder. Er nahm sie eigenhändig herab und zerriß sie, was den anwesenden Gendarmerie-Lieutenant zu einer sehr heftigen Auseinanderzung veranlaßte. Der Lieutenant fand hinterher die Billigung des commandirenden Generals von Montpellier. Derselbe beschwerte sich in einem Briefe an den Kriegsminister über das Verfahren des Präfekten,

der sich in Angelegenheiten mische, die ihm nichts angehen. Das Reglement verbietet allerdings in den Casernen die Ausstellung politischer Sinnbilder, aber der Präfect habe in der Caserne nichts zu befahlen. Im Übrigen habe er, der Corps-Commandant, bereits den Befehl ertheilt, daß man in den Casernen das Reglement besser beobachte. Damit ist indes die Sache nicht erledigt. Die republikanischen Deputirten der Aude, unter ihnen Marcon, wollen eine Interpellation an den Kriegsminister richten. — Der Strike der Pariser Seher scheint unangenehme Verhältnisse annehmen zu wollen. Die Buchdruckereien, welche die Arbeit eingestellt haben, weil sie den von den Sehern geforderten Tarif nicht annehmen wollten (derselbe bedingt eine Lohnerschöpfung von etwa 20 pSt.), sind die bedeutendsten Druckereien von Paris. Sie haben sich an die Verleger gewandt, um sich der Unterstützung derselben zu versichern, und in einer Versammlung aller großen Verleger beschloß man, unter dem Vorsitz des Herrn Hatchette, einstimmig, für alle Veröffentlichungen den Druckern Ausstand zu geben, denjenigen Druckereien aber, welche bereits den neuen Tarif angenommen haben, keine Aufträge mehr zu ertheilen. Die Seher ihrerseits halten an ihrer Forderung fest. In der erwähnten Versammlung der Verleger wurde behauptet, daß die Seher nur etwa vierzehn Tage den Strike aushalten könnten. — Gestern ist die Witwe Rossini's im Alter von 78 Jahren gestorben. Sie hatte seit dem Tode ihres Mannes ihre Wohnung in Passy nicht mehr verlassen. Die Verstorbenen, deren Familienname Pelissier war, spielte in der künstlerischen Welt der Restaurationsepochen um ihrer Schönheit und ihres Geistes willen, eine gewisse Rolle. Zu ihren Freunden gehörte Horace Vernet, welcher ihre Älge in seinem Gemälde Judith und Holofernes verwirkigt hat. Im Jahre 1840 lernte sie den damals kranken und verstimmten Rossini kennen. Der große Komponist lebte ziemlich einsam, er hatte sich von seiner ersten Frau, seiner Jugendgeliebten, der Sängerin Colbrunn, getrennt. Nach dem Tode der Colbrunn im Jahre 1845 herabholt er Olymp Pelissier. Ihr hatte er mindestens die Wiederherstellung seines Vermögens zu danken, denn sie verstand mit dem Gelde zu wirtschaften und galt sogar für geizig. Ihr persönliches Vermögen kommt aber den Bedürftigen zu Gute. Mit Ausnahme einiger Legate an Verwandte und Dienner hat sie dasselbe der Pariser Wohlthätigkeitsverwaltung hinterlassen behufs Gründung eines Asyls für französische und italienische Sänger. — In der Porte Saint-Martin ist gestern zum ersten Male das Drama „Les Misérables“ von dem verstorbenen Charles Hugo nach dem gleichnamigen Roman seines Vaters V. Hugo bearbeitet, zur Aufführung gekommen. Die Neugierde des Publikums war kaum minder erregt, als für den Dumas'schen „Balsamo“. Das Stück hatte Erfolg trotz seines finsternen Charakters.

Großbritannien.

A. A. C. London, 22. März. [In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] lenkte Lord Strathearn und Campbell die Aufmerksamkeit der Paars auf die wünschenswerten Vorsichtsmasregeln, die Großbritannien treffen sollte ehe es den bevorstehenden Congres besicht. Der britische Bevollmächtigte sollte sich, seinem Ermessen nach, bestreben, daß britische Protectorat über die unterjochten Rassen der Porte wiederherzustellen sowie auch die suspendirte ottomane Constitution wieder zu beleben. Großbritannien sollte sich dem Congres in einer solchen Form nähern, welche die Welt überzeugen dürfte, daß es vor einem Kriege nicht zurückzschrecken würde, falls die Conferenz nicht die Richtung einstülage, die es ihr geben werde. Er befürwortet demnach eine gründliche Mobilisierung des Heeres und andere kriegerische Vorbereitungen.

Lord Granville hält dafür, daß des Vorredners Vorschläge nicht ganz am Platze seien in einem Augenblick, wo die Regierung versucht, Mittel ausfindig zu machen, um eine friedliche Conferenz zu Stande zu bringen, welche einige der ernstesten Fragen, die in der Neuzeit entstanden seien, enden dürfte.

Lord Hammond (ehemaliger permanenter Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten) glaubt, daß Land sollte sich mit der Vertheidigung der Regierung zufrieden geben, daß es jedem Theilnehmer an der Conferenz freistände, im geeigneten Augenblick zurückzutreten, daß die Beschlüsse der Majorität nicht bindend für die Minorität seien und daß jeder Artikel des Friedensvertrages dem Gutachten und der Entscheidung des Congresses unterliegen solle. Er hofft, es würde der Idee eines russischen Protectorats über irgend einen Theil der türkischen Bevölkerung nicht Vorbehalt geleistet werden. — Auch befürwortet er die Zulassung Griechenlands zu dem Congresse.

Lord Argyll ist der Ansicht, daß die Gegner eines russischen Protectorats für irgend eine Alternative zur Sicherung einer guten Verwaltung der türkischen Provinzen sorgen sollten. Russland hätte ungeheure Opfer an Blut und Geld für einen großen öffentlichen Zweck gebracht. Alles, was die Conferenz demnach untersuchen sollte, beschränke sich darauf, ob zwischen der Türkei und Russland Abmachungen getroffen wurden, die nachtheilig für Europa seien.

Lord Derby erklärt: Die von Lord Strathearn befürworteten militärischen Vorbereitungsmasregeln hat die Regierung auf eigene Verantwortlichkeit hin längst getroffen. Ein Theil des Heeres ist für sofortigen Dienst im Auslande bereit. In Malta befinden sich bereits so viele Truppen als daselbst bequem untergebracht werden können. Über es sind einleuchtende Gründe dafür vorhanden, warum die britische Flotte im gegenwärtigen Augenblick nicht in das Schwarze Meer entsendet werden sollte. Die Uebertragung der Funktionen des Departements für auswärtige Angelegenheiten auf den Premierminister würde dem offiziellen Selbstmorde des einen Ministers und dem physischen Selbstmorde des andern gleichkommen. Mit Bezug auf die Zulassung Griechenlands zum Congres bemerkte Lord Derby, England hätte nicht verlangt, daß Griechenland auf denselben Fuß wie die Signataräte zu dem Congres Zutritt erhalte, sondern einfach nur zu dem Zwecke, um es in den Stand zu setzen, seine Ansprüche und Anträge zum Gehör zu bringen. Zu dem Verlangen Englands übergehend, daß der Friedensvertrag in Pausch und Bogen dem Congres vorgelegt werden solle, sagt der Minister: „Am 9. März erklärte Ihrer Majestät Regierung in einem an den österreichischen Botschafter in London gerichteten Schreiben, sie hätte nichts dagegen einzubringen, daß der Congres-Ort von Baden-Baden nach Berlin verlegt werde; und in einem vom 13. d. datirten weiteren Schreiben an den Grafen Beust erklärte sie, daß, ehe sie in den Congres gehe, es klar verstanden werden müsse, daß jeder Artikel des Vertrages dem Congres vorgelegt werden würde, nicht nothwendigerweise behufs der Annahme oder Vermerkung, sondern damit erwogen werden dürfe, welche Artikel die Annahme oder Zustimmung Seitens der verschiedenen Mächte erheischen und welche dies nicht erheischen. Es entstand einige Discussion über diesen Meinungsabdruck, und die russische Regierung gab die Erklärung ab, daß der vollständige Text des Vertrages den Mächten mitgetheilt werden würde, sobald die Statificationen ausgetauscht worden seien. Es entstand indes eine weitere Frage, über welche eine Verständigung noch nicht erzielt worden, nämlich, ob zugegeben werde, daß sämtliche Abmachungen des Vertrages dem Congres zur Discussion vorzulegen seien. Die britische Regierung formulirte ihre Anfrage dahin, ob Russland Wille sei, daß die Mittheilung des Vertrages in seinem ganzen Umfange an die verschiedenen Mächte als ein Vorlegen des Vertrages im Congres betrachtet werden sollte, damit der ganze Vertrag gepräst und erwogen werden könne. Der edle Herzog (Argyll) bemerkte, es würde nicht vernünftig sein, zu erwarten, daß die russische Regierung, nachdem sie solch' große Opfer an Blut und Geld gebracht und solche beträchtliche militärische Erfolge erzielt, dem Congres die Bedingungen, die sie in Folge ihrer Anstrengungen verlangt, vorlegen und es sich gefallen lassen solle, daß die streitigen Fragen von der Majorität des Congres entschieden werden. Ein derartiger Vorschlag ist der russ. Regierung nicht gemacht worden. Es ist, wie ich glaube, haßsäädlich die allgemeine Regel, daß ein Congres nicht stimmt; es gibt demnach keine Majorität oder Minorität. Mithin wäre es unvernünftig, Russland aufzufordern, alle Fragen der Entscheidung einer Majorität der europäischen Mächte zu unterbreiten. Was die englische Regierung verlangt, ist, daß sämmtliche Artikel des Vertrages dem Congres zur Discussion, und nur zur Discussion, vorgelegt werden sollten. Denn so ist es nur möglich, eine Entscheidung darüber zu treffen, welche derselben ein europäisches Interesse berühren und welche nicht. Da der eigentliche Zweck des Congress ist, den jetzt erhobenen Ansprüchen die europäische Sanction zu ertheilen, glauben wir, verlangen zu müssen, daß uns der

ganze Vertrag behuß der Discussion vorliege, und dies ist der einzige freie Begriff. Ich bin nicht vorbereitet zu sagen, welche Antwort die russische Regierung auf dieses Verlangen ertheilen wird, aber ich glaube, es muß zugegeben werden, daß das Verlangen ein vernünftiges und gemäßiges ist, und daß ohne eine solche Bedingung der Congres überhaupt nutzlos sein würde (Beifall).

Im Unterhause eröffneten die Verhandlungen mit mehreren die orientalische Frage betreffenden Interpellationen. Zunächst stellt Mr. William Williams seine gestern angemeldeten Anfragen betreffs des Verbleibens der britischen Kriegsschiffe in den Dardanellen und dem Marmora-Meer. Che des Schatzkanzlers zur Beantwortung derselben schreiten kann, wird er von Lord Elcho gefragt, ob er der Ansicht sei, daß die Sache des Friedens oder die Interessen des Reiches im Orient im gegenwärtigen Augenblick durch solche Fragen wie die, welche der Deputirte Williams gestellt, gefordert werden könnten.

Der Schatzkanzler erwidert: „Es ist gegenwärtig, während Unterhandlungen beuß der Conferenz schwelen, sicherlich nicht wünschenswert, daß unnötige Fragen gestellt werden. (Beifall.) Es ist ganz klar, daß ein unvorstellbares Wort oder sogar ein Gesuch, daß eine Frage nicht gestellt werden möge, zuweilen eine Wirkung erzeugt, die Verlegenheiten bereitend sein dürfte. Was nun die von dem ehrenwerthen und gelehrten Herrn Williams gestellten Fragen betrifft, so bereitet deren Beantwortung keine besondere Schwierigkeit, weil sie längst beantwortet worden sind. Was die Zahl der britischen Kriegsschiffe in den Dardanellen und dem Marmora-Meer anbelangt, so mag ich sagen, daß sich vier im Golf von Izmid und zwei in Gallipoli befinden. Sieben kleinere Schiffe befinden sich in verschiedenen Theilen des Marmora-Meeres und des Schwarzen Meeres, d. h. in der Sulina-Mündung der Donau. Ich selber habe dem Hause die Mitteilung gemacht, daß unsere Flotte in die Dardanellen unter dem Protest der Porte einließ, ich kann mithin nicht verstehen, warum eine solche Frage überhaupt gestellt wird. Was die letzte Frage betrifft, so habe ich erst neulich erklart, daß kein Grund für die Belassung unserer Kriegsschiffe im Marmora-Meer vorhanden sei. Was schließlich die Discussion des Friedensvertrages anbelangt, so bilden nun gewisse Arrangements den Gegenstand von Unterhandlungen zwischen den verschiedenen Regierungen, und ich glaube, eine Veröffentlichung dieser Arrangements würde jetzt nicht am Platze sein.“ (Beifall.)

Mr. Williams kündigt an, er werde im Subsidien-Comite die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Verträge bezüglich der Passage fremder Kriegsschiffe durch die Dardanellen lenken und von der Regierung eine Erklärung ihrer in der Belassung der britischen Flotte in türkischen Gewässern befolgten Politik fordern.

Mr. Mond zieht seine angemeldete Anfrage, ob außer Großbritannien irgend eine andere Großmacht das Verlangen gestellt habe, daß Russland sämtliche Punkte des Friedensvertrages dem Congres zur Discussion und Revision unterbreiten soll, zurück.

Sir G. Campbell fragt den Schatzkanzler, ob die Regierung nicht dahin wirken könnte, daß dem Blühergebiene und der Verheerung in den griechischen Provinzen der Türkei gesteuert werde, bis deren Position von dem europäischen Congres erwogen worden und die administrative Autonomie, welche die Porte dem Vernehmen nach zuzugestehen sich bereits verpflichtet habe, in Kraft getreten sei.

Sir Stafford Northcote antwortet: „Alles, was ich sagen kann, ist, daß die Angelegenheit die Aufmerksamkeit der Regierung in ernstem Grade beschäftigt, und wir thun alles, was in unserer Macht steht, um die türkische Regierung daran zu verhindern, daß der Krieg in den griechischen Provinzen in einer mit cibillären Gebraüchen unvereinbaren Weise geführt werde. Wir werden keine Gelegenheit vorübergehen lassen, die uns in den Stand setzen dürfte, den vorliegenden Zuständen ein Ende zu bereiten, aber ich kann keine weiteren Mitteilungen über den Gegenstand machen.“ (Hört, hört.)

Der Marineminister Smith bestätigt auf eine Anfrage des Admirals Egerton, daß die Regierung Brasilien die Panzerfregatte „Independencia“ abgekauft habe.

A. A. C. London, 23. März. [In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] erklundigte sich Sir W. Lawson, ob der Sechsmillionen-Credit zur Beschaffung von unterseeischen Minen für die Vertheidigung anderer Theile der britischen Küsten als denjenigen des Clyde verwendet werden und wenn so, für welche Theile. Lord G. Cecil erwidert, freilich würden Torpedos für die Vertheidigung anderer Theile der britischen Küste als der des Clyde angewendet. Aus leicht erklärlichen Gründen wäre es aber kaum angezeigt, eine allgemeine Liste der Küstenplätze zu veröffentlichen, wo Torpedos verlegt worden seien. Wenn der ehemalige Baronet an irgend einem besonderen Hafen interessirt sei, würde er keinen Anstand nehmen seine Neuigkeiten privatum zu besprechen. (Hört, hört.)

Zunächst stellt Sir John Lubbock, liberaler Vertreter für Maidstone, seine langangemeldete Resolution, welche erklärt, daß der gegenwärtige Stand des Völkerrechts mit Bezug auf die Rechte Seefriegsführender unbefriedigend sei und die sorgfältige Beachtung seitens der Regierung ihrer Majestät erfordere. Lubbock behauptet im Verlauf seiner den Antrag begründenden Rede, daß die Pariser Declaration, welche die Kaperei abschafft und die Begnadigung aller friedlichen Ladungen, ausgenommen Kriegscontrebande, an Bord neutraler Schiffe unterfoge, einheitlich und unbefriedigend in ihrer Wirkung sei. Mehrere wichtige Mächte, darunter die Vereinigten Staaten, seien der Declaration nicht beigetreten und in dem gegenwärtigen Stande des Völkerrechts sei es unmöglich der Kaperei gänzlich ein Ende zu setzen. Er befürwortet, die Bestimmungen der Pariser Declaration dahin auszudehnen, daß Kaufmannsschiffe auf hoher See gänzlich von der Begnadigung in Friedens wesentlich gefährdet werden würden. Er hofft schließlich, der Congres werde sich mit der Frage beschäftigen. Sir T. Buzlay unterstützt den Antrag. Mr. Gourlay empfiehlt den Erlass einer Adress an die Königin, worin dieselbe erfuht werden soll, ihren Einfluß bei den auswärtigen Mächten dahin auszuüben, daß die Gründung des Privatengenügs von der Beschlagsnahme zur See zu einer Regel des internationalen Seerechts erhoben werde. Sir W. Harcourt mißbilligt den Antrag, der viele Gefahren mit sich im Gefolge führe. Er behauptet, die Blotade sei die wichtigste Kraft, die von einer großen Seemacht gegen einen Feind in Anwendung gebracht werden könnte. Englands Landheer sei im Verhältniß zu den Armeen der feindlichen Mächte ein geringfügiges; die Sicherheit Englands in einem Kriege bestehet mithin hauptsächlich darin, die feindlichen Schiffe aus dem Meer wegzusiegen. Durch Sanctionierung der angeregten Veränderung des Seerechts würde England nun die Macht seines maritimen Übergewichts wesentlich verkleinern und eine legitime Kriegswaffe aus den Händen geben. Mr. W. Wyndham will die ganze Pariser Declaration über Bord geworfen wissen, da nur dann England in den Stand gesetzt sein würde, in einem Kriege die Hilfsschiffe des Feindes lab zu legen. Mr. Sergeant Simon bedauert den Beitritt Englands zur Pariser Declaration, kann aber das von Lubbock aufgestellte Prinzip nicht billigen. Mr. Grant Duff unterstützt den Antrag. Mr. Gregory befähigt denselben. Seitens der Regierung nimmt der Generalanwalt das Wort gegen den Antrag. Er charakterisiert die Pariser Declaration als ein weises und politisches Document, welches hauptsächlich im Interesse von Neutralen adoptiert wurde. England würde viel häufiger ein Neutraler als ein Kriegsführender sein. Die Abschaffung der Kaperei und die Herstellung der Doctrine „Freie Schiffe, freie Ladung“ wären von großem Vortheile für England, aber die Ausdehnung der Declaration auf die gänzliche Befreiung von Handels Schiffen von Beschlagsnahme zur See würde die Interessen der britischen Handelsfahrt sichtbar schädigen. Den Vortheil, welchen England durch sein maritimes Übergewicht besitzt, zu übertreffen, sei allerdings eitel und ritterlich, aber die Engländer würden Narren sein, wenn sie dies thäten. Der Schatzkanzler bekämpft den Antrag ebenfalls. Er meint zwar, es lasse sich vieles zu dessen Gunsten sagen, aber im gegenwärtigen Augenblick werde dessen Annahme den Verdacht rege machen, daß England sich von der Pariser Declaration gänzlich loszutun beabsichtige. Mr. John Bright empfiehlt die Zurückziehung des Antrages und Sir John Lubbock erklärt sich dazu bereit, aber das Haus läßt sich darauf nicht ein und verwirft den Antrag ohne Abstimmung. — Im weiteren Fortgang der Sitzungen wurden die beiden Neutralitäts-Vorlagen zum zweiten Male gelesen.

Romanisches Reich.

B. F. Bukarest, 21. März. (Von unserem Special-Correspondenten.) [Telegraphenwesen. — Die rumänischen Truppen in Bulgarien. — Die rumänischen Bahnen.] Auf das Er-

gebüh der Einnahmen der Post- und Telegraphen-Verwaltung pflegt der Krieg in den beteiligten Staaten einen günstigen Einfluss auszuüben. Das in Rumänien erzielte Resultat bietet einen neuen Beweis hierfür. Die Einnahmen pro 1877 im Post- und Telegraphen-Bereich überragen den Voranschlag um 3,545,760 Frs., dieselben belaufen sich im Ganzen auf 6,423,840 Frs. Man hat also mehr als doppelt so viel eingenommen als man bei Beginn des Jahres 1877 berechnet hatte. In der letzten Summe sind 2,462,641 Frs. mit einbezogen, welche der russische Staat der rumänischen Post- und Telegraphen-Verwaltung noch schuldet. Eine Theilzahlung, wie sie rumänischerseits beansprucht wurde, hat bis jetzt noch nicht stattgefunden, im Gegenteil wird die Regulierung jener Forderung durch die russischen Behörden in einer Weise zu verschleppen gesucht welche unangenehm vermerkt wird. Von dem Rest der Gesamt-Einnahmesumme entfallen 1,871,978 Frs. auf das Telegraphen-Wesen 2,089,220 auf die Post. Mit dem Abbau der auf bulgarischem Gebiet angelegten rumänischen Feld-Telegraphen-Leitung wird nächstens vorgegangen werden. Die Leitung umspannt das rechte Donau-Ufer von Sistowa bis Widdin. In Nicopolis und Nahowa waren größere Stationen eingerichtet worden. Mit dem rumänischen Netz wurde die Verbindung durch eine Kabelleitung Sistowa-Zimnicza hergestellt, neuerdings wurde ein zweites Kabel durch die Donau gelegt, um das andere Ende der bulgarischen Linie mit den heimathlichen Linien zu verbinden. Dieser Zweck entspricht die Kabel-Leitung Widdin-Kalafat. Von Sistowa führte eine andere Linie nach dem Hauptquartier Verbitsa, diese wurde später bis nach Plewna verlängert. Von besonderem Interesse ist, daß die große Telegraphen-Leitung aus der russischen Balkanstellung bei Schipka bis nach Adrianopel mit rumänischem Material hergestellt worden ist. Trotz der Heranziehung zweier russischer Reserve-Telegraphen-Abteilungen, Ende vergangenen Jahres, hatte sich doch, als das Kriegstheater sich südlich des Balkans ausdehnte, das russischerseits mitgeführte Leitungs-Material als ungenügend erwiesen. — Die Annahme, daß sämtliche Theile der rumänischen Armee Bulgarien bereits verlassen haben, erweist sich als eine irrite. Eine schwache Infanterie-Brigade, bestehend aus dem 6. Linien-Regiment und dem 15. Dorobanzen-Regiment sowie 2 Batterien sind am jenseitigen Ufer vorläufig noch verblieben und zwar mit Ausnahme eines Bataillons des 6. Regiments, welches die kleine Bergfestung Belgradetz am mittleren Tunduk besetzt hält, in Widdin und der nächsten Umgebung der Festung. In der Armee wird seit kurzer Zeit mit erhöhtem Eisern an der Relablitierung gearbeitet. Die drohende politische Lage hat auf diese Maßnahmen ihren wesentlichen und sehr bemerkbaren Einfluss. In der Armee selbst wird lebhaft die Rolle, die derselben bei scharfen Verwicklungen Russlands mit Österreich-Ungarn zufallen könnte, diskutiert. — Zu den Maßnahmen, welche auf eine erhöhte Bereitschaft Österreichs für den Krieg hindeuten, gehört die österreichischerseits durch den Ritter v. Klaudy erwirkte Abmachung mit den russischen Eisenbahn-Behörden, der zu Folge die unmittelbare Zurückführung aller österreichischen Waggons stattzufinden hat. Die sofortige Entladung der Wagen findet dort statt, wo dieselben sich gerade zur Zeit befinden. Man beschäftigt sich mit neuen Umgestaltungen, welchen die rumänischen Bahnen speziell deren Leitung in einziger Zeit unterworfen sein könnten und bringt hiermit die Abreise des Director Offermann, dem einige Tage darauf die rumänischen Mitglieder des Aufsichtsrates der rumänischen Eisenbahn-Aktion-Gesellschaft nach Berlin folgten, in Verbindung. Als ein weiterreichender Plan der rumänischen Regierung, der jedoch noch keine nähere Präzision erfahren hat, wird die Absicht einer Att. Fusionierung der rumänischen Bahn, welche ihrem Aufsichtsrath in Berlin hat, mit den rumänischen Staats-Bahnlinien hingestellt. Auch der in Rumänien liegende Theil der Lemberg-Czernowitzer Bahn soll mit den anderen rumänischen Bahnen zu einem einheitlich verwalteten und geleiteten Netz zusammengezogen werden. — Die dem Berliner Aufsichtsrath wie dem Directorium vor und bei dessen offizieller Anerkennung in den Weg gelegten Schwierigkeiten, würden demnach in letzter Linie darauf hinausgehen, die beiden Factoren zur Aenderung des bestehenden Verhältnisses zu bewegen. Auch für die Stelle eines obersten Leiters des gesammten rumänischen Eisenbahnwesens weiß man schon eine Persönlichkeit zu bezeichnen und zwar ist diese Herr Cogalnitschanu. Ob dieser bereit sein sollte, sein Portefeuille als Minister des Neubeginns mit jenem Posten zu vertauschen, läßt sich vorerst wohl noch füglich beurteilen.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 25. März. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] Herr Professor Dr. Boedt sprach in seinem gefestigten Sonntagsvortrage über „die culturgeschichtliche Bedeutung naturwissenschaftlicher Thatsachen“ und erläuterte seinen ansprechenden, lebhaften Vortrag durch eine Reihe interessanter Experimente. Ausgehend von dem Ziel und den Zwecken des Humboldt-Vereins wies er im Eingange des Vortrages auf den innigen Zusammenhang hin, in welchem die Naturwissenschaft mit der Culturgeschichte der Menschheit steht, wie sich von den ältesten Zeiten an die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse als rother Faden durch die ganze Entwicklung des Culturebens hindurchziehen. Er habe sich vorgenommen, diese culturgeschichtliche Bedeutung der Naturwissenschaft an einer ganz einfachen und bekannten Thatsache, an dem Kochen des Wassers, zu zeigen. Hierauf wurden in sehr klarer und verständlicher Auseinandersetzung die Bedingungen erörtert, unter denen das Wasser und andere Flüssigkeiten zum Kochen gebracht werden können. Es kommen aber auch Abweichungen von diesen natürlichen Gesetzen vor, welche scheinbar das Naturgesetz aufheben. Dies wurde an den interessanteren Versuchen von Leidenfrost, Faraday und Anderen dargebracht. Aber auch diese Abweichungen erläutern sich aus den allgemeinen Gesetzen und die Naturwissenschaft feiert gerade da ihre größten Triumphe, wo es ihr gelingt, die scheinbare Anomalie zurückzuführen auf das Gesetz. Der Vortragende wies nun weiter nach, wie sich aus den eben mitgeteilten Thatsachen auch die vulkanischen Erscheinungen, Erdbeben usw. erklären lassen, und selbst die bei den mittelalterlichen Ordnungen angewandte Feuerprobe, die, wie urkundlich nachgewiesen ist, nicht selten bestanden wurde, darin ihre Erklärung findet. Das Wunderbare der Ercheinung ist verschwunden, seitdem die Wissenschaft die momentane Unverbrennbarkeit des menschlichen Körpers festgestellt. Aus den im altdutschen Recht begründeten Ordnungen ist schließlich der Hexengesetz und die Hexenverbrennung hervorgegangen, dieses Nachstift in der Culturgeschichte der Menschheit. Geladerte wissenschaftliche Erkenntnis bewohnt uns vor solchem Wahrzeichen. Der Vortragende läutete wieder noch einige wohl gelungene, überraschende Experimente vor und erntete von der zahlreichen Versammlung den lebhaftesten Beifall.

L. Legnitz, 24. März. [Schulnachrichten. — Leihamt. — Pestalozzi-Verein. — Kreissynode. — Fallissement.] Dem diesjährigen Österprogramm unseres Gymnasiums ist eine wissenschaftliche Arbeit des Herrn Director Dr. Gütting: „De Cornelii Taciti libris minoribus (L. Agricola) disputatio“ beigelegt, sowie von demselben Verfasser ein Beitrag zur Statistik des Liegnitzer Gymnasiums für den Zeitraum von 1867—1877. Die Landwirtschaftsschule wurde im laufenden Schuljahr von 93 Schülern besucht, die sich ihrer Heimat nach auf die Regierungs-Beiräte, wie berichten: Legnitz 57, Breslau 27, Oppeln 2, Posen 5, Frankfurt a. O. und Gumbinnen je 1. 75 Schüler (also 80,65 p.C.) und Söhne von Landwirten. Während die Eltern von 18 Schülern (19,35 p.C.) anderen Berufslässen angehören. Die Anzahl ist im Jahre 1873 geändert und auf das Beste ausgestattet; auch ist ihre Umwandlung in eine zum Einschlägigkeitsdienst berechtigte Landwirtschaftsschule seit einem Jahre vollendet. Die städtische höhere Töchterschule wurde im 1. Quartal von 1878 von 291 Schülern besucht, von denen 223 der evangelischen, 17 der katholischen, 50 der jüdischen Konfession, 1 den Dissidenten angehören.

Dem diesjährigen Österprogramm ist das von Herrn Prorector Oberlehrer Jonathas gewidmete, zur Feier des 80-jährigen Geburtstages des Kaisers im vorigen Jahre von den Schülerinnen aufgeführt Feuerwerk vorgebracht. Die Wilhelmschule wurde bei Beginn des Schuljahrs 1877/78 von 495 Schülern besucht, wovon 425 evangel., 38 kath., 26 jhd., 6 Dissidenten, 447 Einheimische und 48 Auswärtige. — Der Verkehr bei dem hiesigen Leihamt ist fortwährend im Steigen begriffen, so daß wiederum eine Erweiterung der Räumlichkeiten hat erfolgen müssen. Die Zahl der im Mai d. J. zur Auction kommenden Pfänder ist die bedeutendste, die je verlaufen worden ist. Während ult. 1876 3999 Pfänder verblieben, betrug Ende 1877 der Bestand 6789. — Dem hier domicilierten Provinzial-Borstande des schlesischen Pestalozzi-Vereins ist von dem Provinzial-Ausschuß die Nachricht zugegangen, daß dem Verein auch in diesem Jahre eine Subvention von 1000 M. bewilligt wird. — Der Kreis-Synodal-Borstand erläßt im hiesigen Stadtbüro im Auftrage der Kreishypothek einen langen Aufruf an die Haushälter sämtlicher Gemeinden des Liegnitzer Kirchentriees, enthaltend eine ernstliche Mahnung zur Heiligabaltung der Sonn- und Feiertage. — Seit etwa 8 Tagen ist ein hiesiger junger Kaufmann, Getreidehändler, verschwunden mit Hinterlassung einer sehr bedeutenden Schuldenmasse bei sehr geringen Aktiibis. Erstere sollen an 200,000 Mark betragen und hauptsächlich Breslauer Getreidehändler mit großen Verlusten befreit sein. Der junge Mann, Sohn eines hiesigen hochgeachteten Kaufmanns, hat es verstanden, daß mit seinem Namen verbundene gute Renommé zu seinen Zwecken auszunützen.

O Beuthen D. S., 25. März. [Verschiedenes.] Von den Beschlüssen der vorwohrenden Stadtverordneten-Versammlung dürfte noch derjenige über die Vorlage, betreffend die Entziehung eines Bürgerrechts von weiterem Interesse sein. Der hiesige Kaufmann X. fand sich im vorigen Jahre verurteilt, Concurs anmelden zu müssen. Die gerichtliche Vermögensfeststellung ergab indessen sowohl in sachlicher, als persönlicher Hinsicht nicht diejenigen Momente, welche die Einleitung des Concursverfahrens angezeigt erscheinen ließen, und wurden demnach Bücher und Geschäft wieder freigegeben. Auf das hierauf gestellte Gefuch um Wiederherstellung des entzogenen Bürgerrechts verhielten sich die Stadtverordneten ablehnend, resp. sprachen ihre Ansicht in der Sitzung vom 13. December pr. auf Antrag eines rechtstümlichen Mitgliedes des Collegiums dablin aus, daß das von X. bei gebrachte Attest des Concursrichters nicht ausreichend sei, den im § 7 der Städteordnung erforderlichen Nachweis voller Predigtigung der Gläubiger zu erzeigen. Die dieferhalb von X. bei der Königlichen Regierung angebrachte Beschwerde ist von Lehterer in einem Schreiben an den Magistrat nun dadurch entschieden worden, daß ein Grund zur Entziehung des Bürgerrechts nicht vorliege. Der erneuten Aufnahme des X. in die Wahllisten zu, konnten sich daher die Stadtverordneten nicht mehr verschließen. — Die Geschäfte der Königl. Polizei-Anwaltschaft für den Stadtbezirk, welche vor dem verstorbenen Beigeordneten Cannabich oblagen, sind neuerdings mit Genehmigung der Königlichen Regierung dem derzeitigen Polizei-Anwalt für den Landkreis Beuthen, Herrn von Meier mit übertragen worden. — Mit Bezug auf die mannigfachen Auflösungen Hamburger und Bremer Collectore, zur Behebung an auswärtigen Lotterien ist zur Warnung mitzuteilen, daß hier kurz hintereinander die Redacteure der „Königshütter Zeitung“ und der „Neubener Zeitung“ von der gerichtlichen Strafammer zu je 10 M. evant. 2 Tage und resp. je 15 M. evant. 3 Tage Gefängnis verurtheilt worden sind. Die genannten Zeitungen hatten zur Behebung an den betreffenden Lotterien anregende Inserate aufgenommen. Seitens der Staatsanwaltschaft war in beiden Fällen mindestens das Doppelte des festgesetzten Strafmaiges beantragt. — Nachdem die Vorstellungen der Gruner'schen Schauspieler-Gesellschaft ausgeblieben sind, kündigt die Oper- und Operetten-Gesellschaft des Bielitz-Biala'er Stadt-Theaters unter Leitung des Herrn Rudolf Bünaussen ein am 2. April beginnendes Gastspiel im Saale des Hotel „Sanssouci“ an. — Der Frühling hat sich auch bei uns in einer mißglückten Weise eingeführt und präsentirt uns bei unangenehmer Schnee- und Regen-Temperatur wiederholt vollständig winterliche Landschaften.

*** Landsberg**, 24. März. [Amtsgericht. — Berichtigung.] Die Nachricht, daß hierher kein Amtsgericht kommen solle, hat unsere Stadt in die größte Aufregung versetzt. Seit dem Jahre 1499 war hier stets der Sitz eines Gerichts und die heizige Gerichts-Commission hatte ununterbrochen seit 1849 an unserem Orte ihr Domizil. Spricht demnach schon das historische Recht und der alte Rechtsgrundatz des beati possidentis zu Gunsten der Stadt, so fällt außerdem ins Gewicht, daß da das eine kleine $\frac{1}{2}$ Meile von hier entfernte russische Gollamt Prostria in nächster Zeit eine Kammer I. Klasse werden und so der Handel und Grenzverkehr einen bedeutenden Aufschwung nehmen wird, ohne ein Gericht am heissten Orte die dadurch entstehenden Vortheile illusorisch werden. Denn in Folge der bekanntesten russischen Reform der Civilprozeßordnung ist eine jenseitige Forderung im Wege der Klage fast unmöglich ein Zutreiben und die bösen Schulden sind nur aus Furcht vor Verhaftung auf diesseitigem Gebiet zahlungswillig. Aber nicht allein den Ruhm unserer Stadt würde der Verlust des Amtsgerichts herbeiführen, sondern auch die Interessen sämtlicher bisherigen Gerichtsgegessenen würden wegen der bedeutend weiteren Entwicklung und bei ihren Jahrzehnte alten Beziehungen mit den hiesigen Einwohnern arg geschädigt werden. Landsberg ist nämlich das Centrum aller Orte des nördlichen Kreisgebietes, welche im Süden durch die Linie Kreuzburg-Borsigswalde begrenzt werden. Dies wäre der durch die Natur geschaffene Bezirk des Amtsgerichtes und die Stadt Rosenberg, sowie Pitschen, welche weder durch höhere Schulanstalten noch sonst in irgend wie bedeutendem Maße Landsberg den Rang ablaufen, behielten noch immer einen ansehnlichen Gerichtsbezirk. Hoffen wir demnach, daß der Herr Oberpräsident, in dessen Hand die Entscheidung jetzt liegt, ein günstiges Votum für uns abgeben wird, da von Amtsgericht „Sein oder Nichtsein“ der Stadt abhängt. — In dem letzten Referate soll es statt „Wasseraffaire“ „Messeraffaire“ heißen, ein Druckfehler, um dessen Berichtigung ich bitte.

X Antonienhütte, 24. März. [Landrat Grundmann. — Zur Warnung. — Schneefall.] Der bisherige provisorische Verwalter des Landratsamts unseres Kreises, Herr Grundmann, gibt in dem jüngsten „Kreisblatt“ folgendes bekannt: „Des Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, mich mittels Bestallung vom 4. d. Ms. zum Landrat des Kreises Katowitz zu ernennen. Indem ich dies zur öffentlichen Kenntnis bringe, richte ich bei der definitiven Übernahme der Verwaltung des hiesigen Kreises an alle Bewohner desselben die Bitte, mir ihr volles Vertrauen, dessen ich mich bislang schon vielfach erfreuen durfte, zu schenken und dauernd zu bewahren. Mit Anspannung aller meiner Kräfte werde ich bemüht sein, dieses Vertrauen zum Wohle des Kreises zu rechtfertigen. Alle Kreisbehörden, sowie alle Diejenigen, welche zur Mitwirkung an der Kreisverwaltung berufen, bitte ich, mir in diesem Bestreben ihre Unterstützung gewähren zu wollen. — Wir gestatten uns noch gelegentlich zu bemerken, daß Herr Landrat Grundmann sich in der That während der kurzen Zeit der Verwaltung seines neuen Amtes durch seine Liebenswürdigkeit die Zuneigung der Kreisgegessenen bereits in hohem Grade erworben hat.“ — Vor einigen Abenden zog sich der Kohlbaumer G. in dem nahegelegenen Friedenshütte durch Lebensgefährliche Brandwunden im Gesicht und Brust zu, daß er die Türe der Petroleumlampe abschraubte und ohne den brennenden Docht zu verlöschen, vor seiner Frau Petroleum in die Lampe gossen ließ. Die Flüssigkeit entzündete sich und verlegte den G. in vorerwähnter Weise. Seit verloßener Nacht schnitt es hierzu ununterbrochen, dergestalt, daß der Schnee den ganzen Tag liegen blieb und stellenweise einen halben Meter hoch ist.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Berlin, 26. März. Morgens. Der „Nationalzeitung“ zufolge teilte der Oberbürgermeister Hobrecht den Mitgliedern des Magistrats in der Stadtverordneten-Versammlung mit, daß er den Posten eines Finanzministers angenommen habe.

Versailles, 25. März. Der Senat beendete die Berathung des Ausgabenbudgets und nahm es in der Fassung der Commission an, wodurch der von der Kammer im Sinne der Rechten vorliege Artikel über die Seminar-Stipendien modifiziert wird.

Brüssel, 25. März. Der „Nord“ schreibt: Das Zustandekommen des Congresses ist wenig wahrscheinlich. Angesichts der Dispositionen der englischen Regierung sei es vortheilhaft für Europa, daß der Congress nicht zu Stande käme. Wenn es im Interesse Europas liege, nicht unbestimmte Zeit die Krise offen zu lassen, deren Lösung jetzt in seiner Macht stehe, so sei seine Pflicht vorgezeichnet, sie zu erfüllen ohne England.

London, 25. März. Unterhaus. Northcote antwortete Courtney

auf die am 21. März angelindigten Anfragen, Russland thelle seit Vertrag von San Stefano England und den anderen Pariser Vertragsmächten mit, welche geht heute dem Parlamente zu. In Bezug auf die übrigen Anfragen sei es wegen einer wichtigen Angelegenheit, worüber Unterhandlungen obzwecken, inopportun, sie zu beantworten. Bourke antwortete Dilke, der britische Consul in Saloniki sei nach Epirus und Thessalien nicht in politischer Mission entsandt, sondern behufs Einholung von Informationen. Er habe nicht gehört, daß er sich mit den Insurgenten in Verbindung setze. Die guten Dienste des Consuls Handwiths führen ein Abkommen zwischen der Pforte und den Insurgenten in Kreta herbei. Er habe nicht gehört, ob ein gehöriger Waffenstillstand abgeschlossen worden sei. Die Pforte ließ die Verbrecher aus den Gefängnissen in Larissa und Janina frei. Layard sei instruiert, dagegen zu remonstrieren. Bourke antwortete Baxter, zwei türkische Garnisonen hätten sich den Insurgenten ergeben. Kein Theil des Innern von Kreta könne jetzt als unter der Autorität der Pforte stehend betrachtet werden. Courtney kündigt an, er werde die Aufmerksamkeit auf den Vertrag von 1856 und das Protokoll von 1871 lenken, und eine Resolution beantragen, dahingehend, daß keine Macht willkürlich sich von den Vertragsverpflichtungen loszagen könnte, so wie keine Macht auf solchen Verpflichtungen bestehen könne, nachdem sie sich selbst davon losgesagt habe.

Petersburg, 25. März. General Totleben ist, von seiner neuzeitlichen Erkrankung bedeutend gebebt, heute schon wieder ausgefahrene.

Konstantinopel, 25. März. Dem Sultan ist ein Schreiben des neuen Papstes mit der Anzeige von dessen Besteigung des päpstlichen Stuhls zugegangen.

Newyork, 24. März. Nach hier vorliegenden Nachrichten hat sich in St. Domingo unter dem Vorsitz des Generals Guillermo eine provisorische Regierung gebildet, möglichst bald soll ein neuer Präsident gewählt werden. Der durch die Revolution angerichtete Schaden ist ein sehr beträchtlicher.

Plymouth, 25. März. Der Hamburger Postdampfer „Herder“ ist hier eingetroffen.

Newyork, 25. März. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Straßburg“ ist hier angelommen.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 25. März. [Börse.] Der gestrige Privatverkehr verlief bei unbedeutendem Umfang in ziemlich seifer Haltung. Credit-Aktion 392,00 à 393,00 à 392,50, Franzosen 433,00, Lombarden 124,00, 1860er Loofe 104,50 à 104,25, Österreichische Goldrente 62,40 à 62,50 à 62,40, Silberrente —, Papierrente 52,40 à 52,50 à 52,40, Ungar. Goldrente 75,10, Italiener 73,00 à 72,90, Türkei —, sproc. Russen 83,10 à 83,25 à 83,10, 1877er Russen —, Russische Noten per ult. März 216,50 à 215,50, Rumänen 25,25 à 25,00 à 25,40, do. Obligationen 75,00, Köln-Mindener Bahn 95,25 à 95,00, Bergisch-Märkische Bahn 75,00, Rheinische Bahn 106,75, Galizier 104,50, Disconto-Commandit 117,75 à 118,00, Deutsche Bank —, Laurahütte 73,50, Reichsbank —.

Im gegenwärtigen Zustand eröffnete gestrige Börse gleich in wenig seifer Tendenz; die ersten Courtsmeldungen aus Wien lauteten ziemlich günstig, vermohten jedoch unerfahrener Börse keinen halt zu geben. Diese neigt sich einmal jetzt wieder der pessimistischen Anschauung zu, und da das Hausesseingagement ein ziemlich umfangreiches ist, so sucht die kleine Speculation sich möglichst zu entlasten. Dieses Streben zeigt sich nach zwei Richtungen hin von Einsatz, denn nicht allein waren hierdurch die Course der Haupspeculationswerthe in eine rückgängige Coursesbewegung gedrängt, sondern es hatte auch der Verkehr eine etwas lebhafte Physiognomie angenommen. Die Gefahr russisch-engl. Verwicklungen erscheint durch die heutige vorliegenden Telegramme in den Vordergrund gerückt und in Folge dessen waren heute die russ. Staatsanleihen stark angeboten und weichend. In Russischen Noten fand ein lebhafster Verkehr statt, aber ebensfalls zu sinkender Notiz. Die Prolongation getalte sich höchstens leicht. Es bedangen: Credit M. 0'05 bis 0,10 Dep., Lombarden 0,85—0,90 Dep., Franzosen 0,20 Rep. bis glatt, Disc.-Commandit glatt bis Courtage, Laurahütte 0,10, Italiener 0,22%, Österreich. Goldrente 0,20, do. Silberrente 0,05, do. Papierrente 0,20 und sproc. Russen alte 0,20—0,25 p.C. Dep. 77er Russen bedangen 0,30 Dep. Von den internationalen Speculationspapieren waren Österreich, Creditactien ziemlich lebhafte, auch Franzosen blieben nicht ganz unbekannt. Die Österreich. Nebenbahnen blieben meist vernachlässigt. Galizier matt, Pardubitzer weichend. Auch in den localen Speculationseffecten fand nur ein sehr geringes Geschäft statt, die Stimmung war aber auf diesem Gebiet im Allgemeinen ziemlich stet. Disconto-Commandit-Anteile konnten sich gut beobachten. Auch Laura ging mit einer kleinen Advance aus dem heutigen Verkehr hervor. Es notirten: Disconto-Commandit ult. 117,10 bis 116,75, Laurahütte ult. 73. Auswärtige Staatsanleihen blieben unbelebt und ließen in den Courts nach. sproc. Russische Anleihe per ult. 83,90 bis 82,50—82,60. Russische Noten per ult. 214 $\frac{1}{2}$ —212 $\frac{1}{2}$ —213 $\frac{1}{4}$, per April 214 $\frac{1}{2}$ —213 $\frac{3}{4}$. Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Einheimische Prioritäten begegneten besserer Kaufslust.

Von 4% prozenten nur Kölner, Oberhessische, Freiburger, Braunschweiger und Görlicher Lit. B, C beliebt. Auswärtige schwächer. Auf dem Eisenbahn-Aktion-Märkte herrsche eine ziem

bis 1,80 per Pfund, schwere und untergeordnete 1,10—1,20. Keppe leicht, schwere Waare erzielte 1,40—1,60, schwere 1,10—1,20 per Pfund. — Schwarze Kalbleder holten 2,30—2,50 per Pfund. Altauñeder erreichte 80—90 Pf. Rößelschnitt konnte kaum bisdiger Preise aufrecht erhalten. Rößelschnitt 1,50—2 M. pr. Pfund. Geschirrleder erreichte 1,10—1,25 per Pfund. Julius Kornic.

Berliner Börse vom 25. März 1878.

Fonds- und Gold-Course.

	Wochsel-Course.
Deutsche Reichs-Anl.	16,90 bz
Dosolidirte Anleihe.	16,65 bz
do. do. 1876	9,65 bz
Staats-Anleihe.	9,60 bz
Staats-Schuldscheine.	9,20 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	139 B
Berliner Stadt-Oblig.	101,75 bz
Pommersche.	101,40 bz
do. do.	95,00 bzG
do. do.	102,10 bzB
Posensche neu.	95 G
Schlesische.	85,30 G
Landschaftl. Central.	95 bz
Kur. u. Neumärk.	96 bz
Pommersche.	95,90 bz
Posensche.	95,90 G
Preussische.	95,80 G
Westfäl. u. Ehein.	98,50 bz
Schlesische.	96,40 bz
Badische Präm.-Anl.	121,00 B
Bayerische 4% Anleihe.	121,00 B
Cöln-Mind. Prämiensche.	111 bzG
Sächs. Rente von 1876.	73,00 bz
Kurh. 49 Thaler-Loose	242,90 bz
Badische 35 Fl.-Loose	135,25 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe	81,90 bz
Oldenburger Loose	138 B
Ducaten 9,57 bz	Dollars 4,19 G
Eover. 20,35 bz	Oest. Bkn. 169,75 bz
Napoleon 16,24 G	do. Silbergd.
Imperial 16,67 G	Russ. Bkn. 218,25 bz

Hypothen-Certificate.

Kruppsche Partial-Ob.	107,50 bzG
Unk. Pfd.-Pr. Hyp.-B.	95,00 bzG
do. do.	101,50 bzG
Deutsche Hyp.-Pfd.	95,50 bzG
do. do.	100,50 bzG
Kündb. Cent.-Bd.-Cr.	109,20 G
Unkünd. do.	(1872) 102 bzB
do. rückz. à 110	5,10,10 G
do. do.	99 bz
Unk. H.d.Pd.-Bd.-Crd.B.	5
do. III. Em. do.	101,75 bzG
Kündb. Hyp.-Schuld.	100 bz
Hyp.-Anth. Nord.-G.C-B.	94,25 B
do. do.	94 bzG
Pomm. Hyp.-Bf.	97,50 bzG
do. II. Em.	91,25 bzG
Goth. Präm.-Pfd.	107,70 bz
do. II. Em.	105,90 bz
do. 50% Pfd.-rzklzbr.m.	100,25 bzG
do. 41% do. do. m. 110	92,25 bzG
Meiningers Präm.-Pfd.	105 bz
Oest. Silberpfandbr.	35,30 bz
do. Hyp.-Crd.-Pfd.	33 bz
Pfd.b.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5
Schles. Bodenr.-Pfd.	99,00 B
do. do.	93,50 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfd.	102,75 G
do. do.	98,30 G
Wiener Silberpfandbr.	51% —

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1,1/1,1/1)	55,40 bz
do. 1/1,1/1,1/1	55,30 bz
do. Goldrente	62,30 bz
do. Papierrente	52,30 G
do. 54er Präm.-Anl.	98,50 B
do. Lott.-Anl. v. 60.	104,00 etbz
do. Credit-Loos.	209,00 etbz
do. 64er Loos.	250,00 G
Ost. Präm.-Anl. v. 64	154,80 bz
do. do. 1866	153,40 bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	57 bz
do. Cent.-Bd.-Cr. Pfd.	75,50 G
Zuss.-Poln. Schatz-Ob.	4
Poln. Pfdbr. III. Em.	65,25 bzB
Poln. Liquid.-Pfdbr.	57,25 bz
Amerik. rückz. p. 1881	101,75 G
do. do.	1086
do. 50% Anleihe	99,90 bzG
Ital. neue 50 St. Anleihe	73 bz
Ital. Tabak.-Oblig.	102,25 G
Baab.-Grazer 100 Thlr.L	69,50 bzG
Rumänische Anleihe.	8 —
Türkische Anleihe.	8,40 B
Ung. 50% St.-Eisrn.-Anl.	5 —
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Flanische 10 Thlr.-Loose	37,00 G
Türken-Loose	24,60 bzJ

Eisenbahn-Prioritäts-Aktion.

Berg.-Märk. Serie II.	161,00 G
do. III. v. St. 31/4	85,80 B
do. do. VI.	99,80 G
do. Hess. Nordbahn.	103,30 bz
Berlin-Görlitz.	101,00 B
Breslau-Freib. Lit. F.	90bzG, C.82,75
do. Lit. G.	95 bzG
do. do. H.	94,75 bz
do. do. JK.	94,75 bzG
do. von 1876	101,50 B
Cöln-Minden III. Lit. A.	93,80 bzG
do. Lit. B.	100,50 B
do. IV.	94,50 bzB
do. V.	—
Halle-Sorau-Guben.	101,70 B
Hannover-Altenbeken.	96,50 Q
Märkisch-Posener.	5 —
J.-M. Staatsl. B.	96,75 G
do. do. II. Ser.	95 G
do. do. Ob. I. u. II.	96,75 G
Oberschles. A.	95 G
do. B.	—
do. C.	—
do. D.	92,75 G
do. E.	85,40 G
do. F.	—
do. G.	99,50 bzG
do. H.	101,25 bz
do. von 1869.	101,00 bzG
do. von 1873.	91,40 bz
do. von 1874.	99,60 G
Brieg.-Neisse.	—
do. Oberschles.	—
do. do.	103,25 B
do. do.	—
do. do.	102,25 G
Ostpreuss. Südbahn.	78,25 G
Zechte-Oder-Ufer-E.	—
do. do.	99,50 bz
Schlesw. Eisenbahn.	100 G
Chemnitz-Komotau.	—
Dux-Bodenbach.	60,75 G
do. II. Emission.	51,25 G
Prag-Dux.	20,30 bzB
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	86,75 G
do. do. neue	85,50 bzG
Kaschau-Oderberg.	60,70 bz
UNG. Nordostbahn.	57,60 bzG
UNG. Ostbahn.	54,40 bz
Lemberg-Czernowitz.	65,30 bzG
do. do. II.	65,00 etbzG
do. do. III.	60,00 G
Mährische Grenzbahn.	53,50 B
Mähr. Sch. Centralb.	19,50 bzG
do. II.	16,70 bz
Kronpr. Rudolf-Bahn.	66,50 B
Oester.-Französische.	330,50 bz
do. II.	317,60 bzG
do. südl. Staatsbahn.	237,90 bzG
do. neue	238,50 bzB
do. Obligationen.	79,30 bzG
Zarauñ. Eisenb.-Oblig.	74,90 bz
do. III.	—
do. IV.	82,15 bz
do. V.	75,50 bzG

In Liquidation.

Berliner Bank.	fr. 7,50 G
Berl. Bankverein.	fr. 39 G
Berl. Wechsel-B.	fr. 11,50 G
Centr. f. Genos.	fr. 17,00 G
Deutsche Union.	—
Gwb. Schuster u. C.	—
Moldau Lds.-Bk.	fr. 13 B
Ostdeutsche Bank.	—
Pr. Credit-Anstalt.	fr. 104,75 G
Sächs. Cred.-Bank.	fr. 52,50 B

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd.-A.	fr. 620 G
D. Eisenb.-Bd.-G.	fr. 4,90 bzB
do. Reichs-u. Co.-E.	fr. 68,80 bz
Märk. Sch. Masch. G.	fr. 13,00 B
Nord. Gummidr. B.	fr. 48,00 G
Westend. Com.-G.	—
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	fr. 93,75 bzB
Schles. Feuervers.	fr. 755 G

Bank-Discount 4 pCt

Lombard-Zinsfuß 5 pCt

dung der inneren Politik und die Annahme des Gesetzes, welches eine neue 3prozentige Rente ins Leben rief, würden unter anderen Umständen der Haussie-Speculation wohl einen Anstoß zu energetischer Aufstrebung ihrer Kräfte gegeben haben; die Annahme des großen Eisenbahn-Gesetzes würde im Sinne der Haussie ausgebaut werden sein, aber die Un Sicherheit der auswärtigen Situation und das Misstrauen des Capitals, welches sich in beständigen Rentenverkäufen äußert, lämmen den Mut der Käufer. Man kann nicht von eigentlicher Baissetendenz sprechen, denn die Contremine, durch so viele böse Erfahrungen gewiagt, hat auch ihrerseits die Energie verloren und wagt nicht, entschieden ins Zeug zu gehen; aber die alte Überzeugung von der Fortdauer der Haussie in alle Ewigkeit ist verschwunden. Die Courtsbewegungen der Woche waren für die französische Rente, wie für die auswärtigen Fonds, die einzigen Werke, mit welchen die Speculation sich beschäftigte, im Ganzen ziemlich unbedeutende.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) Paris, 25. März, Abends. Boulevard-Verlehr. 3% Renten 72,52, Neuße Anleihe de 1872 109, 18, Türken 1865 8, 07, Staatsbahn —, Neue Egypter 151, 25, Banqu. ottom. —, Itali. 72, 55, Chemins égyptiens —, österr. Goldrente 63, ungar. Goldrente 74½ Spanier exter. 13, —, neuße Russen de 1877 84, —. Weichend. Frankfurt a. M., 25. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20 41. Pariser Wechsel 81, 20. Wiener Wechsel 169, 10. Böhmis. Westbahn 148. Cijabahen 141%. Galizier 206%. Franzosen* 214%. Lombarden* 60%. Nordwestbahn 92%. Weißerrente 55½. Papierrente 52%. Goldrente 62%. Ungar. Goldrente 75. Italiener —. Russische Bodencredit 75%. Russen 1872 —. Neue russische Anleihe 82%. Amerikaner 1885 99%. 1860er Loos 104%. 1864er Loos 251, 80. Creditactien* 194%. Deister. Nationalbank 67, 50. Darmst. Bank 108. Meininger Bank 74. Hessenische Ludwigsbahn 78%. Ungar. Staatsloose 148, 00. do. Schatzanmeiungen, alte, 100%. do. Schatzanmeiungen, neue, 93%. do. Ostbahn-Obligationen 62%. Central-Pacific 101%. Reichsbank 154%. Silbercoupons —. Rudolfsbahnauctionen —. Deutsche Reichsanleihe 96% —. Matt.

Nach Schluf der Börse: Creditactien 195, Franzosen 214%, Galizier 207, 1860er Loos —, Goldrente —, ungar. Goldrente —, neuße Russen 88.

* per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 25